

## *Streitplatz*

Simone Hain

# **Der Berliner Städtebaudiskurs als symbolisches Handeln und Ausdruck hegemonialer Interessen**

Mit dem Bedeutungsrückgang der Industrie als wesentlicher Standortfaktor trat seit dem Ausgang der 70er Jahre im Zuge der zunehmenden Tertiärisierung ein Bedeutungswandel des Städtebaus ein. Wo zuvor die „fordistische Stadt“ der funktionalistischen Moderne wesentlich auf optimale infrastrukturelle Leistungserfüllung, Hygiene, Massenwohnungsbau, Konfliktregulierung und sozialen Ausgleich orientiert war, richtete die Postmoderne im Zuge einer umfassenden Revision dagegen ihr Hauptaugenmerk ganz auf die bildhafte Präsentation weicher Standortfaktoren und die Erzeugung exklusiver Orte. An die Stelle der Stadtplanung trat die vornehmlich auf Imagebildung orientierte Ästhetisierung und Kulturalisierung der Entwurfspraxis. Im Zuge einer überkompensierenden Pendelbewegung erlangten Architektur und Stadtbaukunst mit ihrer Fähigkeit, die technische Welt zu transzendieren die alte mythische Aura zurück. Dadurch gerieten die technokratischen und sozialen Planer gegenüber den medial perfekt inszenierten und weltweit teuer gehandelten „Stararchitekten“ ins Hintertreffen. Nirgendwo zeigt sich die Konkurrenz, ja Feindschaft, beider raumordnenden und stadtgestaltenden Disziplinen anschaulicher als am Beispiel Berlins. In dieser Stadt, in der an der Wende des 19. Jahrhunderts und zur Zeit der Weimarer Republik der moderne Sozialstaat, inklusive vorbildlicher Raumvorsorge, „erfunden“ worden ist, werden die aktuellen neoliberalen Deregulierungstendenzen und damit verbundenen Konflikte schärfer und streitbarer ausgetragen als anderswo. Das liegt auch daran, daß die Stadt nach den Kriegszerstörungen im West- wie im Ostteil zu einem jeweils systemtypischen Musterfall von sozialisierter Stadtentwicklung geworden war. Diese kontrastreiche und weltweit wohl einmalige städtebauliche und architektonische Doppelwirklichkeit wird nun

---

\* Dr. Simone Hain, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner.

von einer kleinen Gruppe machthungriger Akteure unter Ausnutzung staatlicher Handlungsschwäche mit hohem ideologischem und entwerferischem Aufwand als nicht mehr zukunftstauglich zur Disposition gestellt. Ihr Ziel ist es, gegen die Zumutungen des realsozialistischen Städtebaus im untergegangenen Osten und den Schrecken nordamerikanischen bzw. ostasiatischen Wildwuchses im Zeichen der aufziehenden Globalisierung einer bildungsbürgerlichen und mittelständischen Klientel eine räumlich-architektonische Heimstatt zu errichten, die sich am maßvollen und ordentlichen preußischen Klassizismus orientiert und dabei die Vielgestaltigkeit der Berliner Stadtlandschaften amalgamiert. Doch wie die gesichtslos-monströse Architektur am Potsdamer Platz und die unterkühlte Exklusivität der neuen Friedrichstraße zeigen, ist das Scheitern einer solchen Flucht aus der Zeit in die Geborgenheit längst verlorener Orte allein wegen der Eigendynamik der großen, global vagabundierenden Kapitale vorprogrammiert.

Im folgenden sollen, gestützt auf Pierre Bourdieus Theorie vom sozialen Raum, der Charakter und die konkreten Kräfteverhältnisse des aktuellen Berliner Städtebaudiskurses erörtert werden. Wenngleich auch zum Zeitpunkt der Niederschrift die stadtpolitische Gestaltungsmacht noch eindeutig zugunsten der neoliberalen Deregulierer verteilt zu sein scheint, bewirkt doch die Realitätsferne der bisher getroffenen Entscheidungen einen zunehmenden Glaubwürdigkeitsverlust zu ihren Ungunsten. Deutlich zeichnen sich nun Gegenpotentiale ab, die insbesondere gegen die Aufkündigung des sozialen Gedankens und gegen fortschreitenden Demokratieabbau opponieren.

Der Ausgang der aktuellen städtebaulich-ästhetischen Auseinandersetzung um Klassifikation ist offen. Vieles wird davon abhängen, wie die konkurrierenden Konzepte sich intellektuell auszustatten vermögen und was die jeweiligen Akteure über sich und die Stadtwelt, die sie - jeder auf seine Weise - verändern wollen, in Erfahrung bringen und anderen handlungsmotivierend vermitteln können. In jedem Fall sind den Gestaltungsmöglichkeiten von Interessengruppierungen im städtischen Raum aber Grenzen gesetzt: „Ist die soziale Welt auch weitgehend von den Menschen gemacht, so haben diese doch nur eine Chance, sie in ihrer alten Form niederzureißen, um sie dann neu aufzubauen, sofern sie über ein realistisches Wissen darüber verfügen, was sie ist und wie weit sie auf sie einwirken können - eingedenk ihrer Stellung in ihr.“<sup>1</sup>

In Berlin, das macht diesen Fall so besonders, muß der globale Strukturwandel von mindestens zwei politischen Kulturen, von zahlreichen hier ansässigen alternativen und innovativen Milieus und ständig kommenden und gehenden Migranten vornehmlich aus der früheren „zweiten Welt“ als ein offenes Ost-West-Experiment verarbeitet werden. Außerhalb der Stadt bislang kaum wahrgenommen, ist seit einem Jahr ein heftiger Kampf um Deutungsmacht, Gestaltungskompetenz und Boni-

---

<sup>1</sup> Pierre Bourdieu, Sozialer Raum und „Klassen“. Leçon sur leçon, Zwei Vorlesungen, Frankfurt a.M., 1985, S. 28.

tät in Gang gekommen, bei dem es um den konkurrierenden Anspruch von Akteursgruppen auf Nomination von Zukunft geht: Die Stadt soll aus den Händen des Staates wieder den selbstverantwortlichen stadtbürgerlichen Subjekten übereignet werden. Die Frage, wie dies geschehen soll, wer diese Subjekte sind und ob sie sich ohne Staat überhaupt „selbstnormalisieren“ können, erweist sich als Ariadefaden durch die verschlungenen Diskurse und hitzigen Wortgefechte in den Berliner Arenen der Macht und Öffentlichkeit.

### **Strategie Nr. 1: Nachholende Modernisierung als „neue Gründerzeit mit Markanz und Brutalität“**

Bis zum Fall der Mauer stand Berlin gewissermaßen unter Quarantäne. Nach vollkommener Zerstörung, kontradiktorischem Neuaufbau in beiden Stadthälften und anhaltender wirtschaftlicher Marginalisierung war es 40 Jahre lang in seiner Sonderrolle als Frontstadt des Kalten Krieges gefangen. Dann kam als freudiger Schock der 9. November 1989. Noch bevor ein gemeinsames Planungsrecht in beiden Stadthälften entstehen konnte, wechselten riesige städtische Ländereien in und außerhalb der Stadtgrenzen den Besitzer. „Gleich Trümpfen in einem Kartenspiel“, um ein treffendes Bild von Bourdieu zu bemühen, konzentrierten sich anfänglich alle Handlungsvorteile im ökonomischen Feld. Gerade weil noch jede Vorstellung fehlte, welche Rendite die jeweiligen Entwickler erwarten konnten, das heißt wie hoch sich die Bauwerke würden türmen lassen, schlug die Stunde der futuristischen Wachstums-szenarien: Ost-West-Drehscheibe, Wissenschaftsmetropole, Olympiade, Gründerstadt des kommunikationstechnischen Zeitalters, dann schließlich der Hauptstadtbeschluss - alles wurde exponentiell auf den realen und vermeintlichen Bedarf an Hotel-, Gewerbe- und Wohnbauflächen hochgerechnet. Berauscht schwamm die städtische Verwaltung auf der allgemeinen Welle der Wachstumseuphorie mit, die sich vor allem als „nachholende Modernisierung des Ostens“ zum beherrschenden Leitbild verfestigte: „Bezogen auf die westdeutsche Entwicklung gibt es einen Nachholebedarf von vielleicht 25 Jahren (...) (Es) werden Zahlen von 10 und 15 Millionen Quadratmeter Bruttogeschoßfläche für Büros genannt, also eine Größenordnung, die man sich kaum vorstellen oder begreifen kann. Um Maßstäbe zu finden, beziehe ich mich gern auf Otto Steidles Gruner & Jahr Zentrum in Hamburg. Das sind 100.000 Quadratmeter Bruttogeschoßfläche. Jeder kann sich vorstellen, was es bedeutete, wenn man diesen riesigen Komplex nun gar in 60- bis 150facher Größe bauen muß. Ganze Städte von Bürocentern sind in Berlin (...) erforderlich. Das sind Bauaufgaben von historischer Dimension. Die infrastrukturelle Ausstattung der Länder (im Ostblock - d.A.) ist, gemessen an unserem Standard, so, daß ein Nachholbedarf, wenn er ermittelt wird, zu Ergebnissen führt, die man in Investitionsgrößen, in Geld ausgedrückt, nicht veröffentlichen kann.“<sup>2</sup> Diese spekulativ kalkulierten nominal-

<sup>2</sup> Hans Stimmann in: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen [Hrsg.], Pro Bau-

len Zuwächse erzeugten einen Druck<sup>3</sup> auf die politischen Akteure, unter dem das in West und Ost Ende der achtziger Jahre breit präferierte Paradigma „Behutsamkeit und Stadtreparatur“ umgehend zusammenbrach. Die rot-grüne Regierung, so hieß es, agiere „quer zur ökonomischen Entwicklung“ (Hans Stimmann) und sei ein anachronistisches „Bündnis von Bürokratie und Biotop“ (Hans Kollhoff). Ihre umgehend als „Posemuckel-Attitüde“ (Ezard Reuter) attackierte Reserviertheit gegenüber den städtebaulichen Großoffensiven des Kapitals kostete sie bei der nächsten Wahl die Macht. Die folgende Große Koalition gab alle sozialen und ökologischen Schutzrhetoriken auf. Ausdrücklich war davon die Rede, daß die „*global players*“ in der Stadt, „mit der sie etwas machen wollen“, herzlich willkommen seien. „Haben wir darauf nicht vierzig Jahre gehofft? (...) Wir dürfen den Tiger nicht zähmen, wir müssen ihn reiten. Wir wollen die Kräfte nicht bändigen, wir wollen sie ausschöpfen.“<sup>4</sup> Der Senatsbeauftragte für die Betreuung der Investoren, Hanno Klein, wünschte sich gar eine neue „Gründerzeit mit Markanz und Brutalität“. Am 12. Juni 1991 fiel er einem Briefbombenattentat zum Opfer, das bis heute unaufgeklärt blieb.

Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung litt Berlin nicht gerade an einem Übermaß an freien Potentialen, um die über die Doppelstadt plötzlich hereingebrochene Zumutung intellektuell zu bearbeiten. Die Universitäten, Forschungsinstitute und Akademien waren mit Abwicklung, Umstrukturierung und Neugründung beschäftigt und wurden in der Hitze des Gefechts weitgehend an den Rand gedrängt. Überdies war die Deutungskompetenz und damit die Autorität der Sozialwissenschaften allein durch die Tatsache nachhaltig erschüttert, daß sie nicht annähernd den Systemzusammenbruch des Sozialismus vorhergesehen hatten. Infolgedessen fielen mit dem strukturalistischen „Soziologenjargon“ ganze universitäre Disziplinen wie die Stadtplanung oder Politologie dem Spott des Feuilletons anheim.<sup>5</sup> Ohne eine wirkliche

---

akademie. Argumente für eine Neugründung. Dokumentation der Diskussion auf der *Constructa '92* am 8. Februar 1992 in Hannover, S. 27 ff.

<sup>3</sup> Vgl. den als Sonderdruck der „Bauwelt“ herausgegebenen Zwischenbericht „Berlin 1991“, vor allem unter der Rubrik: „Die Herren mit der weißen Weste am Förderband Berlin Mitte ‘bitten um beschleunigte Genehmigung’. 66 Projekte für die Hauptstadt.“, in: *Bauwelt* 39, 18.10.1991.

<sup>4</sup> Der CDU-Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Volker Hassemer, am 4. Oktober 1991 in einer Rede vor dem von ihm als Beratungs- und Legitimationsgremium gegründeten „Stadtforum“.

<sup>5</sup> Daran hat sich trotz der Theorme, welche die Praxis des „action planning“ (Stadtforum) begleiteten (z.B. *Kooperative Planung*), auch in den seither vergangenen sieben Jahren wenig geändert. Soweit sie sich von den „Zuwendungsgebern“ nicht weitgehend operationalisieren ließ, ist die Wissenschaft bislang randständig geblieben. Ihre durchaus prekäre Nischenlage wohl reflektierend, reagiert die unabhängige *scientific community* mit bislang wenig beachteten Einsprüchen wider die politische Tagesordnung und gegen einen neuen „Kulturfundamentalismus“. Siehe Wolfgang Engler, Bernd Guggenberger [Hrsg.], *Einsprüche. Kritik der politischen Tagesordnung*, Berlin 1996; Wolfgang Kaschuba [Hrsg.], *Kulturen - Identitäten - Diskurse. Perspektiven Europäischer Ethnologie*, Berlin 1995.

sozialwissenschaftliche Analyse nachzufragen, trat in einer „neuen Unübersichtlichkeit“ (Jürgen Habermas)<sup>6</sup> nun eine unerfahrene politische Elite auf den Plan. Sie stützte sich ideologisch und institutionell auf das Theorem der „kooperativen Planung“ und hub an, mit den Mitteln umfassender Deregulierung den Raum künftiger urbaner Gesellschaftlichkeit neu zu gestalten.

Die notwendige politische Grundsatzdebatte darüber, wie die „Normalität der Berliner Republik“ (Habermas) in ihrem Zentrum stadträumlich zu definieren sei, wurde in Anbetracht des vielfach proklamierten Endes der Geschichte, der Utopien wie der Großtheorien vertagt. Selbstverständigungsprozesse wurden durch symbolische Politikformen - wie etwa die Reichstagverhüllung von Christo sowie eine Vielzahl unüberschaubarer Wettbewerbe und Podiumsdiskussionen - medienwirksam überlagert. Bezeichnenderweise verdrängte das falsch verstandene Modewort „Diskurs“, hier nicht als Subtext einer Genese, sondern als unstrukturiertes Palavern verstanden, den normativen Begriff der Integration: Die *neue Planungskultur* zelebrierte den Paradigmenwechsel von der Systemtheorie der 70er zum „perspektivischen Inkrementalismus“ der 90er Jahre. Das hieß Stadtentwicklung durch symbolische Projekte statt ganzheitlicher Betrachtung und integrierter Planung.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hat auch Berlin, weil es sich keinen *Begriff* von seiner Lage machen konnte und wollte, vor allem *Bilder* bestellt. Sieben Jahre lang lief ein Festival der großen und immer größeren Wettbewerbe und Entwürfe, der architektonischen Spektakel und „Schaustellen“. Schon im Oktober 1990 hatten einige ebenso IBA<sup>7</sup>-erfahrene wie am kommenden Baugeschäft interessierte Profis werbewirksam in die Tasten gegriffen. „Berlin morgen. Ideen für das Herz einer Großstadt“ hieß eine Ausstellung am Deutschen Architektur Museum in Frankfurt am Main, die einen Kreis renommierter Architekten als *pressure group* versammelte - und die angeblich verschlafene Stadtplanung Berlins desavouierte. Die „unter Freunden“ kostenlos produzierte Ausstellung bot gewissermaßen einem Katalog möglicher Formen, in denen sich Berlins unaufhaltsamer Aufstieg unter die mächtigen Stützpunkte der Weltwirtschaft vollziehen könnte. Gewaltige *Skylines*, flippige Dekonstruktionen, großfigurige städtebauliche Monumente, wahlweise malerische oder rationale Rasterfassaden, rasende Beschleunigungsszenarien, populistische Motive und *High-tech*-Modernismen ließen die Temperatur im Kessel weiter ansteigen. Der improvisierten Frankfurter Ausstellung folgte bald eine in Berlin selbst konzipierte Schau unter dem Titel „Berlin heute“, in der sich die Hochhausszenarien projektbezogen konkretisierten.

Heute ist jedem Beobachter klar, welch aphrodisierende Wirkung die Bilder der Architekten auf Wirtschaft, Politik und öffentliche Meinung hatten. Die Preiserwartungen bei Treuhandliagenschaftsverwaltung und Zwischenerwerbem waren nun

---

<sup>6</sup> Insbesondere Jürgen Habermas avancierte zum rheinländischen Bedenkenträger, dem die Berliner Politik zu keinem Zeitpunkt ein Podium offerierte.

<sup>7</sup> Internationale Bauausstellung (Berlin [West] 1987).

durch nichts mehr zu dämpfen. Der Staat spekulierte mit Immobiliengesellschaften brav um die Wette. Die heute trotz eingetretener Rezession immer noch exorbitanten Bodenpreise der Innenstadt (um 4.000 DM/m<sup>2</sup>) wurden durch die gezeichneten Architekturvisionen emporgetrieben. Virtuelle Bilder steigerten die Renditeerwartungen - und schädigten in der Fixiertheit auf Großakteure nachhaltig die Marktchancen lokaler Bauherren.

Für ihre große Inszenierung des Fiktiven konnten die Berliner Architekten und Administratoren auf ein langfristig akkumuliertes symbolisches Kapital zurückgreifen. Die Tradition der internationalen Bauausstellungen im Westen (Interbau, IBA) und der Aufbauprogramme und baupolitischen Staatsaktionen im Osten bot die Möglichkeit, eingeübte Kommunikationsgewohnheiten zu bedienen und die dabei beim innerstädtischen Bauen und Sanieren in Westberlin errungene Kompetenz ins Spiel zu bringen. In direkter Verlängerung der festivalisierten Bauaktivitäten im Umfeld der 750-Jahrfeier Berlins nahm daher nach der Wiedervereinigung das Politische nahezu zwangsläufig die Gestalt ästhetischer Programme an. Damit gewann eine Gruppe von Planern und Machern, gestützt auf ihr mediales Umfeld, eine außergewöhnliche Macht, die sie allmählich bis zu einem Monopol über die legitime symbolische Gewalt auszubauen verstanden.

Nach einer kurzzeitig offenen Übergangs- und Orientierungsphase hatten schließlich einige ortsansässige Architekten das ihnen in zwei Jahrzehnten zugewachsene Renommee nicht allein gegen *Newcomer* verteidigt, sondern durch formale Kanonisierung und kategoriale Benennung (*Neue Berlinische Architektur*<sup>8</sup>) kollektiv ausgebaut. Nun begannen sie, auch das wirtschaftliche und politische Feld zu beeinflussen und zu erobern. Nahezu in Personalunion zeichneten sie den Wirtschaftsmagnaten bereits in Machbarkeitsstudien und Bauvoranfragen genehmigungsfähige Prototypen auf und nickten diese gleichzeitig als Berater, Juryvorsitzende und Gutachter im Namen der öffentlichen Hand als verbindliche Wegweisungen ab. Berlins stadtstrukturelles und geographisches *coming out* lag damit zunächst im Belieben einiger durch ihre Visionen nobilitierter Administratoren und Designer, die ihre Gruppensolidarität durch einen Spagat abzusichern versuchten, der den Metropolentraum der Jüngeren mit der Sehnsucht der älteren Architektengeneration nach einer Neuauflage des preußischen Klassizismus verquickte.<sup>9</sup> Was bei der Kreuzung von New Yorker *Skyline*-Szenarien mit steingewordenen friderizianischen Sekundärtugenden herauskam, kann heute bereits am Potsdamer Platz und entlang der Fried-

<sup>8</sup> Annegret Burg, *Neue Berlinische Architektur. Eine Debatte*. Berlin, Basel, Boston 1994.

<sup>9</sup> Sehr ausführlich wurde diese problematische Hegemonie erstmals in der Zeitschrift ARCH+, Nr.122, Juli 1994, analysiert (Themenheft „Von Berlin nach Neuteutonia“). Vgl v.a. Werner Sewing, *Berlinische Architektur*, S. 60ff. Der Autor nennt die Architekten Josef Paul Kleihues, Oswald Mathias Ungers, Jürgen Sawade, Edward Jahn, Hans Kollhoff, Christoph Lanhof, Walter A. Noebel, Klaus Theo Brenner, Bernd Faskel und den Theoretiker Fritz Neumeyer. Später schlossen sich Bernd Albers, Roger Diener und schließlich Dieter Hoffmann-Axthelm an.

richstraße besichtigt werden. Dem Alexanderplatz bleibt ein, vorläufig planungsrechtlich festgelegtes, borussisches Rockefeller-Center mit den unausbleiblich verheerenden Auswirkungen auf die Höhe von Grundrente und Mieten in den anliegenden Gebieten bis hinauf zum Prenzlauer Berg dank kollektiver Widerstände und vor allem wegen des rückläufigen Investoreninteresses wahrscheinlich erspart.

### **Das Manhattan-Projekt in Preußisch-Aspik**

Bei der Konstruktion einer neuen Stadtgestalt ließen sich die maßgeblichen Designer von ihrem urbanen Gruppenverständnis und ihrer habituell gewordenen Vorstellung über Lebensqualität und sozialem Prestige ebenso leiten wie von der Idee, Berlin in der globalen Standortkonkurrenz signifikante Unterscheidungsmerkmale (*Distinktionen*) zu verleihen. Daher griffen sie auf die Strategie zurück, „eine Tradition zu erfinden“ (Eric Hobsbawm), die sich unter Ausschluß realer architektonischer Vielfalt auf eine bestimmte Linie der lokalen Baugeschichte bezog. Man behauptete, an diesem Ort aus einer evidenten Kontinuität der Geschichte heraus, nämlich dem Berliner Klassizismus, zu einem festgelegten gestalterischen Verhalten veranlaßt zu sein. Die Identität Berlins wurde überzeitlich an die (spät)preußische Erfahrung gebunden. Reguliert über die Genehmigungspraxis der Bauverwaltung verwandelte sich der Plan konträr zur in der Nachkriegszeit auf beiden Seiten aufgelockert bebauten Stadt in ein quasi militärisches Exerzierfeld aus in Flucht und Block angetretenen Formationen. Die Architektur geriet zur Uniform von regelmäßig und lakonisch aufgereihten Elementen geringer Variationsbreite. Auch gab es unter den maßgeblichen Akteuren niemand, der sich - in Ablehnung nordamerikanischer oder ostasiatischer Modelle - nicht leidenschaftlich zur „europäischen Stadt“ als besonderer urbaner Form bekannt hätte. Gerade die damit verbundene ebenbildliche Gleichsetzung von spezifisch friderizianischer Stadtgestalt (Parzelle, Fluchtlinie, streng separierter privater und öffentlicher Raum)<sup>10</sup> und Stadt als sozialer Ordnung begründete das Selbstverständnis der jüngsten Berliner Baupolitik, was schließlich in eine Diskussion der Form als alleiniger Gemeinwohlgarantie mündete.

Zugleich war die Berliner Baupolitik von konkurrierenden parteipolitischen Interessen zwischen den verschiedenen Fachverwaltungen (Bau und Wohnen, Verkehr und Stadtentwicklung/Umweltschutz) zerissen. Um „den Tiger zu reiten“, hatte sich der CDU-Stadtentwicklungssenator Volker Hassemer zur Legitimations-

---

<sup>10</sup> Aufgeklärten Kulturhistorikern gilt die friderizianische Bodenordnung allerdings als verhängnisvoller Auftakt für die berüchtigt gewordene Spekulation der Terraingesellschaften: „Als aber Friedrich der Große ... den Grundbesitz nach römischen Recht behandelte und dem Boden die gleiche Stellung wie dem Gebäude gab, schuf er Bahn für die ungehemmte Bodenspekulation, welche die Planung und Anlage Berlins bis nach dem I. Weltkrieg verdorben hat, als die Stadtverwaltung endlich große Flächen für Siedlungen erwarb.“ Lewis Mumford, *Die Stadt*, Stanford 1987, S. 272.

beschaffung ein international vielbeachtetes Gremium geschaffen, das die städtebaulichen Entwicklungen in Berlin breit erörterte und Empfehlungen für die Politik gab. In seiner Amtszeit war das *Stadtforum*<sup>11</sup> ein Kollegium, das angesichts der politisch gewollten Deregulierung immerhin kooperative Planspiele unternahm und eine interessierte Fachöffentlichkeit auf dem laufenden hielt. Dagegen fühlte sich Hans Stimmann, Staatssekretär in der SPD-geführten Bauverwaltung, ganz allein mächtig genug, um im unmittelbaren Kontakt mit Investoren und Architekten die Richtung zu bestimmen.<sup>12</sup> Während Hassemer seinen sich widersprechenden Beratern bei den Sitzungen des *Stadtforums* immerhin aufmerksam zuhörte, hatten Stimmanns regelmäßige *Architekturgespräche* eher den Charakter von Präsentationen ausgewählter Vorhaben. Er praktizierte eine Kommunikation, in der mit klar verteilten Rollen von einem erhöhten Podium herab dem Auditorium Gestaltungskonzepte verkündet wurden.

Immerhin erreichte Stimmann, gestützt auf das Architektenkartell, daß die Neubauten zumindest nicht beliebig in den Himmel wuchsen und die Struktur der Stadt gänzlich zerschlügen. Dennoch verdrängten sie weniger robuste Nachbarschaft, das heißt allein für den Bezirk Mitte mehr als achtzig eingetragene und potentielle Baudenkmale mit geringem Nutzungskoeffizienten und grub sich überdies mehrere Geschosse tief in die Erde ein.<sup>13</sup> Somit wurde durch das Regelwerk der *Berlinischen Architektur* etwas Schaumbremser Marke *genius loci* in Gestalt von Traufhöhenregeln, Gestaltungssatzungen und Fassadenvorschriften ins brodelnde Geschehen gegeben, um allzu ungezügelden Wildwuchs zu vermeiden. Aperspektivisches und uneindeutiges Gestalten - und damit *die* Ästhetik der aufgeklärten Postmoderne - war ebenso verpönt und streng verboten wie situationistische und „grüne“ Konzeptionen. Stimmann, der sich als „ästhetischer Arm des politischen Senators“ verstand, machte sich als Senatsbaudirektor mit einem Stab von 60 Mitarbeitern daran, die neue Baudoktrin ins Werk zu setzen: „Ich bin ein Anhänger der körperhaften Archi-

<sup>11</sup> Siehe Heinz Kleger, Andreas Fiedler, Holger Kuhle (Hrsg.), *Vom Stadtforum zum Forum der Stadt. Entwicklung und Perspektiven des Stadtforums Berlin*, Amsterdam 1996.

<sup>12</sup> Hans Stimmann in einem Interview in *Baumeister*, Heft 7/1993: „Weil ich als Staatssekretär ein mächtiger Mann bin, kann ich alle Projekte an mich ziehen... Meine Position ist bei weitem mächtiger als die der früheren Senatsbaudirektoren.“ Stimmanns Selbstnobilisierung hatte zunächst heftige Kritik ausgelöst. Nach seiner zeitweiligen Entlassung aus dem Amt durch den neuen CDU-Senator solidarisierten sich vor allem die Berliner Architekten mit ihm und trugen damit zu seiner umgehenden Neuberufung im Stadtentwicklungsressort bei.

<sup>13</sup> Bekannteste Beispiele des ökonomisch begründeten jüngeren Berliner Denkmalsturmes sind die Innenräume des kaiserzeitlichen „Luxushotel Esplanade“, von dem im Sony-Komplex am Potsdamer Platz allein der Frühstückssaal übrigblieb, der aber für 2 Millionen Mark transloziert wurde, weil er den wirtschaftlichen Anforderungen eines neuzeitlichen Hotelbetriebes widersprach, der ehemalige „Zollernhof“ in einem Block Unter den Linden, der für die Niederlassung des ZDF fallen mußte und der „Rosmarinblock“ an der Friedrichstraße.



tektur, des steinernen Berlin (...). Meine Architektur muß sich in die Traditionslinie von Gilly, Schinkel, Messel, Mies van der Rohe, Taut bis Kleihues einordnen lassen (...). Die erste Bedingung heißt: Bauen im Block (...). Wo immer ich Architektur beeinflussen kann, verstehe ich das unter der Überschrift: diszipliniert, preußisch, zurückhaltend in der Farbigkeit, steinern, eher gerade als geschwungen.<sup>14</sup>

Distanzierte und radikale Kritiker, an denen es im bald entfesselten „Berliner Architekturstreit“ nicht mangelte, nannten diese Vorgaben aus der Bauverwaltung konservativ, reaktionär und „neuteutonisch“.<sup>15</sup> Jenseits dieser ideologischen Positionen lassen sich sowohl diskurs- als auch formanalytisch vor allem Komplexitätsreduktion, Ausschließungstendenz und Oberflächenfixiertheit, aber auch eine aus dem 19. Jahrhundert überkommene identitätssystematische Ästhetik nachweisen, die Kunst und Lebensrealität sowie Vorstellung, Wille und Tat in eins setzt. Nach dem Prinzip von „Ortung und Ordnung“<sup>16</sup> werden soziale Qualitäten primär geographisch fixiert.<sup>17</sup> Kultur, Bürgerschaftlichkeit und zivilgesellschaftliches Verhalten werden damit überzeitlich an ausgewählte städtebaulich-rechtliche Merkmale eines bestimmten Territoriums (Privateigentum an Boden und dessen konkrete architektonische Repräsentation) gebunden, denen je nach ästhetischer oder gar geometrischer Gestalt eine kulturbildende oder zerstörende Wirkung zugeschrieben wird. In Gestalt und Text könnten der neuen Architekturdoktrin hermeneutisch Substantialismus, territoriale Hierarchisierung, scharfe Ausgrenzungen, Entsinnlichung und Elementarisierung vorgeworfen werden.

Jenseits von traditionellen politischen Rechts-Links-Kategorien läuft dieser Befund mehr oder weniger auf einen Affront gegen offene Konstruktionen, unbestimmte Relationen sowie ein mehrdeutiges, vielfältiges und prozeßorientiertes Verständnis von Städtebau und Architektur hinaus. Anders gesagt, die aktivsten Gegner des *Status quo*, die Pioniere der neoliberalen Deregulierung in der Berliner Stadtentwicklung bedienen sich einer Symbolsprache der Befestigung, Schließung und Erstarrung. Nichts soll offen bleiben, alles wird trennscharf festgelegt, streng lokalisiert und geometrisiert.

---

<sup>14</sup> Stimmann, wie Anm. 12.

<sup>15</sup> Neben Daniel Libeskind vor allem der Postmoderne-Theoretiker Heinrich Klotz unter dem Titel „Berliner Blockade“ in der Frankfurter Rundschau, 30.7.1994. - Vgl. auch das Themenheft „Von Berlin nach Neuteutonia“, Arch+ (122) Juni 1994; Gert Kähler (Hrsg.), Einfach schwierig. Eine deutsche Architekturdebatte. Ausgewählte Beiträge 1993 - 1995, Band 104 der Bauwelt-Fundamente, Braunschweig Wiesbaden 1995.

<sup>16</sup> Vgl. die Argumentation von Kay Junge, Staatlichkeit und Territorialität. Soziologische Überlegungen zum Verhältnis von Ordnung und Ortung, in: Berliner Debatte INITIAL 4/5, 1995, S.155ff.

<sup>17</sup> Unter diesen Aspekt fällt auch Karl Schlögels Argumentation gegen die strukturalistische Politologie und Gesellschaftsgeschichte. Vgl. Ders., Der heiße Punkt, Geschichte ist nicht abstrakt, Geschichte hat einen Ort: Die Wiederkehr des Raumes ist ein deutsches Sonderproblem, in: Der Tagesspiegel, 21.7.1995.

Bereits im Geburtsstadium erwies sich die *Neue Berlinischen Architektur*, die sich auf Tugenden wie Idealismus, Ordnung und Affektbeherrschung stützt, als radikal entdifferenzierte und exklusive Semantik. Zunächst bezog sich der unifizierte Code des *Berlinischen* nur auf einzelne Bauvorhaben, auf symbolische Projekte. 1996 wurde schließlich der ebenso großräumig unifizierende wie rechtlich informelle *Masterplan*<sup>18</sup> für das „Machtzentrum des stärksten europäischen Staates“<sup>19</sup> veröffentlicht. Sein Credo war die Homogenisierung von Territorium und Gesellschaft, geographischem und sozialem Raum, Ästhetik und Lebenspraxis, Städtebau und Gesellschaftspolitik.

## Strategie Nr. 2: „Die Mitte aneignen“

Das „Manhattan-Projekt“, Berlins große Ehrgeiznummer, ist zuletzt im Bermuda-Dreieck tiefer Haushaltskrisen, horrenden Büroleerstands, ewiger Baustellen und verzögerter Hauptstadtwerdung abgestürzt. Ernüchterndes Ergebnis der großen Spekulation sind überdimensionierte Baulose und Superprojekte aus einem Guß, die an verschiedenen Orten der Stadt nun vollkommen autistisch wie gestrandete Ozeanriesen daliegen. Weil die umgebenden Baufelder nicht, wie erwartet, automatisch „volliefen“, tragen diese preußisch kühlen „Investoreneisschranke“ in ihrem Insel-dasein zur innerstädtischen Peripherisierung bei. Die zweite Berliner Gründerzeit ist faktisch ausgeblieben. Während Berlins Mitte einer halbfertigen und leerstehenden Investruine ähnelt, sammeln sich an *gefährlichen Orten* (Polizeiterminus) die Desperados, Glücksspieler und Hilflosen.

Spätestens in dieser Situation brechen die zuvor zivilisiert unterdrückten Ängste und Ekelgefühle des Westberliner Establishments auf: Hilfe - wir verosten!

Vermutlich hat das gemeinsame Bedrohungsgefühl und die anhaltende Bedeutungslosigkeit Berlins auf dem Weltmarkt eine nochmalige Solidarisierung innerhalb der aktivistischen Mittelstandselite bewirkt. Halb getrieben, halb unterstützt durch das nachlassende Kapitalinteresse ging der *Berliner Freundeskreis für Architektur* nunmehr mit einem als „wachstumskritisch“<sup>20</sup> bezeichnetem Stadtentwicklungskonzept aufs Ganze.<sup>21</sup> Zugleich avancierte Dieter Hoffmann-Axthelm (die

<sup>18</sup> Seit seiner Veröffentlichung heißt der 1996 zur Diskussion gestellte Entwurf eigentlich „Planwerk Innenstadt“. Im Vorfeld hatten allerdings Planbearbeiter in exklusiven Gesprächsrunden mit den Oppositionsparteien selbst den Begriff „Masterplan“ (so heißt im englischen Bibeltext die Schöpfung) in Umlauf gebracht. Im Gegensatz zum Prinzip des perspektivischen Inkrementalismus schlägt hier das Paradigmenpendel wieder in Richtung der klassischen „Gottvater-Perpektive“, einer, wenn auch nivellierten, Totalen zurück.

<sup>19</sup> Berlin, Baustelle der Nation, in: Der Spiegel, Nr. 49, 2.12.96, S.22.

<sup>20</sup> Dieter Hoffmann-Axthelm, Das Berliner Planwerk Innenstadt und seine Kritiker, in: Kommune 12/1997, S. 7.

<sup>21</sup> Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie [Hrsg.], Planwerk Innenstadt. Ein erster Entwurf, Berlin, Februar 1997.

„graue Eminenz aus Theorie und Geschichte“ (Gerwin Zohlen) infolge einer Direktbeauftragung durch Hanns Stimmann, der nunmehr als Staatssekretär in der Stadtentwicklungsverwaltung agierte, zum Chefplaner.

Hoffmann-Axthelm hatte schon 1991 ein Gutachten zur Innenstadt angefertigt, jedoch war seine Idee einer kleinteiligen Reparzellierung den en-bloc-Verkäufen von Kommune und Treuhand zum Opfer gefallen. Schon damals aber hatte er, die Zeichen der Zeit erkennend, auf planerische Großinterventionen gedrängt: „Es geht hier um den Typus von Stadt, der in Zukunft gebraucht wird. Die ruhigen Jahre, in denen die Städte vor sich hinwachsen konnten, sind vorbei, der Horizont verdüstert sich weltweit. Was jetzt für den Potsdamer Platz zur Auswahl steht, betrifft alle reichen Industriestädte.“<sup>22</sup> Nicht allein der sich abzeichnende Fehlschlag dieses singulären Megaprojektes, sondern auch die andauernde kulturelle Dominanz der Ostberliner Gesellschaft in der historischen Mitte der Stadt läßt Hoffmann-Axthelm nun zum Mann der Stunde werden. Wohl ist er weder Architekt noch Stadtplaner, doch gilt sein Credo als mehrheitsfähig unter dem mittelständischen Klientel. Der breit informierte Theologe verdankt sein durchaus großes Renommee jahrelanger hartnäckiger baupolitischer Widerrede und extensiver Publizistik. Er steht für eine 1968 radikalisierte Generation kleinbürgerlicher Modernisierungskritiker, die hinter jedem Zeilenbau geradewegs den „Sozialfaschismus“, hinter modernistischen Bebauungsplänen die Konzentrationslager und in den aufgeweiteten Stadträumen das omnipräsente Auge des „großen Bruders“ vermuten.

Wie David gegen Goliath waren Dieter Hoffmann-Axthelm und seine gleichartigen Mitstreiter solange gegen den modernen Wohlfahrtsstaat zu Felde gezogen, bis er Ihnen infolge struktureller Schwäche und durch institutionelle Unterwanderung tatsächlich zur Beute fiel. Hatten sich insbesondere die maoistischen und K-Gruppen der westdeutschen Linken immer schon als Avantgarde einer bevorstehenden großen *Kulturrevolution* verstanden, die zur *Transformation* des verhaßten Systems staatlicher Normalisierung führen sollte, so bot nach 1989 nun die neoliberale Deregulierung den jung gebliebenen Antietatisten endlich die Chance, sich auf den Trümmern des nicht als reformfähig geltenden modernen Projektes (Stimmann) eine Welt nach ihrem Geschmack zu errichten. Dem zurückgebliebenen Rest zahnloser Restlinken, „die das Scheitern ihrer Utopie nicht verarbeitet haben“, wird jeglicher Konsens aufgekündigt. „Wer da denkt, es gäbe noch irgendeine verbindliche Sache oder Gemeinsamkeit, täuscht sich.“<sup>23</sup> Die Zeit, so argumentiert Karl Schlögel, sei reif für eine junge 89er Generation, die alle Bindungen hinter sich gelassen hat, die entschlossen handelt und sich ihre „zivilgesellschaftlich eingehetzten“ Refugien schafft, wo andere larmoyant nur ihre Wunden leckten. Vor dem Hintergrund der

---

<sup>22</sup> Dieter Hoffmann-Axthelm, Die Kapitulation vor der realen Stadt. Ein Menetekel der Moderne: Das Scheitern der Entwürfe für den Potsdamer Platz in Berlin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 254, S. 35f.

<sup>23</sup> Dieter Hoffmann-Axthelm, wie Anm. 20, S. 7.

aktuellen „Auflösung einer staatlichen, politischen und kulturellen Einheit mit dem Namen ‘Nachkriegsdeutschland’“ ist - so Karl Schlögel - jede weitere Systemkritik obsolet: „Alles ist offen, man muß sich auf alles gefaßt machen: ... auf die Resignation der Überforderten und auf die Einfallskraft derer, die sich in fordernden Situationen erst in ihrem Element fühlen; auf die Gewalt, die entsteht, wo es keine Sprache mehr gibt, und auf deren Bändigung, wo ihr widerstanden wird. Man könnte das Kraftfeld, das diesen Übergang auf zivile Weise bewältigt, die wiedergewonnene bürgerliche Gesellschaft nennen.“<sup>24</sup>

Angeichts der bevorstehenden Auflösung moderner Staatlichkeit und militarisierter sozialer Formationen bedürfe es nach neoliberaler Logik allerdings der territorialen Rückbindung, der gesellschaftspolitischen Verortung der neuen Bürgergesellschaft: „Europa im Übergang braucht viele Zentren der Zivilkultur, die sich zu verteidigen wissen. Es braucht viele Mitten, die dem Druck, der von den Rändern ausgeht, gewachsen sind. Im Europa des Übergangs suchen Millionen Menschen einen neuen Platz in einer veränderten Gesellschaft. Es wimmelt von ‘überflüssigen Menschen’, die ihre Freiheit erkämpft haben und von noch mehr, die in Freiheit gesetzt worden sind.“<sup>25</sup> In diesem „Kampf aller gegen alle“ (Hoffmann-Axthelm) muß man nach der Logik der Neoliberalisten Territorien besetzen und rechtlich aneignen. „Das Neue braucht Land ... und wer Bauland will, muß es politisch erobern.“<sup>26</sup> Man kann es gewinnen, indem man die moderne Stadt als Gestalt gewordene staatliche Fürsorge- und Ordnungspolitik reprivatisiert und sie damit auf ihrer „eigenen Ebene als Gesamtordnung angreift.“<sup>27</sup> Es sind ebendiese Diktion, Sprachrhythmus und Wortwahl, die den Diskurs der Berliner Planwerker über ihre zivilverteidigte Zitadelle im neuen Weltbürgerkrieg von anderen republikanischen Sicherungs- und Verteidigungskonzepten abgrenzt.<sup>28</sup>

Als nunmehr autorisierter Vertreter des Berliner Senats entwickelte Hoffmann-Axthelm 1996 gemeinsam mit Bernd Albers (neben einem weiteren Planerteam für die City-West) ein radikales Umbau- und Besiedlungsprojekt für den Ostteil der Innenstadt, das von einigen Journalisten sogleich als Einleitung zur „epochalen Wende“ (Klaus Hartung, *Die Zeit*) angefeuert wurde.<sup>29</sup> Er unterbreitete einen Plan, „wie die Westberliner“, die daran vierzig Jahre gehindert gewesen seien, sich nun

<sup>24</sup> Karl Schlögel, *Deutschland: Land der Mitte, Land ohne Mitte*, in: Rainer Zitelmann, Karlheinz Weissmann, Michael Grossheim (Hrsg.), *Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland*. Frankfurt/M. 1993, S. 441.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 456.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 457.

<sup>27</sup> Dieter Hoffmann-Axthelm, wie Anm. 20, S. 9.

<sup>28</sup> Alain Touraine, *Die Stadt - ein überholter Entwurf?*, in: *Demokratische Gemeinde (Die Stadt - Ort der Gegensätze)*, März 1960: „Ich denke, daß das Thema des Wiederaufbaus der Städte heute der Adelsname für eine Politik der Ausgrenzung ist.“ (S. 24).

<sup>29</sup> Vgl. Klaus Hartung, *Der Hauptstadt-Plan: Operation am offenen Herzen*, in: *Die Zeit*, Nr. 49, 29.11.1996, S. 9 ff.

„die historische Mitte aneignen“ könnten. Mit der Reparzellierungen von überwiegend gemeineigenem Boden wird die privatwirtschaftliche Auffüllung der im modernen Städtebau reichlich integrierten Frei- und Verkehrsflächen vorbereitet. Dieses öffentliche Eigentum soll zu politischen Preisen weit unter dem Verkehrswert an kleine Bauherren vergeben werden, die darauf wieder altstädtische Bebauungsstrukturen und Haustypen errichten. Die für Ostberlins Mitte charakteristischen breiten Straßenzüge und bislang als Grünflächen festgeschriebenen Erholungs- und Spielareale sowie stadtklimatisch bedeutsame Kaltluftschneisen sind für diese Überbauung vorgesehen. Die vorgegebene Verdichtung würde nahezu alle unbebauten Flächen aufzehren. Die modernen Strukturen des Nachkriegsstädtebaus sollen mit Raumtypologien konterkariert und ästhetisch attackiert werden, die dem 19. Jahrhundert entlehnt worden sind. Der moderne Bestand würde damit funktional verschattet, in seiner Ausstattung reduziert und stärker verkehrsbelastet werden.

Bei diesem Verfahren geht es nicht um das konkrete Problem eines einzelnen Ortes, sondern um die orthodoxe Durchsetzung eines durchgreifenden Prinzips, mit dem im Namen des „steinernen Berlin“<sup>30</sup> achtzig Jahre Berliner Stadtentwicklung nach dem Imperativ „Licht, Luft, Sonne“ als vollständig verfehlt ausgeschaltet werden können. „Sanitäres Grün und Helligkeit“ nämlich, glaubt man Hoffmann-Axthelm, sind „verzahnt mit innerfamiliärer Gewalt, Erfahrungslosigkeit, Drogen oder Leistungsstreß, Durchsichtigkeit und Kontrolle.“<sup>31</sup> Gegen den modernen Städtebau mit seinen monumental gedachten weiten Panoramen wird nun eine „schwarze Architektur der Durchkreuzung“<sup>32</sup> eingeführt, mit der der Autor zugleich seinen Wunsch nach einer „dichte(n), sehr dichte(n) Stadt“ und nach „ein(em) klare(n) Übergewicht der Menschen über die freien Räume“<sup>33</sup> nachgibt. Er möchte ein „aus der Zerstörung zurückgeholte(s) Stadtzentrum, eines, das also die Leiden dieses Jahrhunderts sichtbar hinter sich hat.“<sup>34</sup>

---

<sup>30</sup> Der am Ende der zwanziger Jahre von Werner Hegemann geprägte Begriff „das steinerne Berlin“ bezog sich kritisch auf die Stadt der ungebremsten Bodenspekulation, in der „Steinhäuser Steinherzen machen“ (Paul Scheerbart) und die Bürgerkrieg inkubiert. Heute dagegen wird das steinerne Berlin positiv als Markenzeichen und Zielgröße der städtebaulichen Restitution gebraucht.

<sup>31</sup> Dieter Hoffmann-Axthelm, Anleitung zum Stadtumbau, Frankfurt/M., New York 1996, S. 88.

<sup>32</sup> Dieter Hoffmann-Axthelm, Offene Mitte und leerer Kopf. Manuskript zu einem Mittheft der Bauwelt, 1992. Im Archiv der Autorin. Der Autor, dessen Berliner Planungsaktivitäten sich ausschließlich auf den staatssozialistisch-absolutistisch geplanten Ostteil der Stadt beziehen, wählt hier das Prinzip der Zersetzung und Dekonstruktion der weiten öffentlichen Räume. Damit erst erklärt sich diese kryptische Wort.

<sup>33</sup> Dieter Hoffmann-Axthelm, In welcher Stadt wollen wir leben?, in: Centrum Jahrbuch für Architektur und Stadt - 1995, Braunschweig, Wiesbaden 1995, S. 8.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 9.

Der Hauptautor dieser planerischen „Schlußstrichdebatte“ ist sich früher durchaus bewußt gewesen, daß er keine mehrheitsfähige Position vertritt: „Man muß davon ausgehen, daß eine Stadt, die als Summe kollektiver Wünsche gebaut würde, unerträglich wäre. Sie sähe vermutlich aus wie eine Feriensiedlung der Côte d’Azur und würde wohl auch entsprechend schlecht funktionieren. Kollektive Wünsche sind ungenau und auch bestechlich. Die Frage unterstellt in der Regel allerdings ein ganz anderes Wir, das der Intellektuellen, Politiker, Fachleute, das Wir einer begrenzten öffentlichen Meinung. Dieses Wir ist nicht nur schwer und nicht ohne Peinlichkeiten des Elitären abzugrenzen, es ist seinerseits illusorisch. Erstens vermischen sich in diesem Wir allzuleicht zwei Dinge, die gerade getrennt bleiben müssen, die Wünsche einerseits, die politischen, fachlichen, ästhetischen Orthodoxien andererseits. Zweitens lebt dieses Wir vom Streit (...), im Unterschied zur erdrückenden Massivität der kollektiven Wünsche.“<sup>35</sup>

Wenn Hoffmann-Axthelm, Hans Stimmann und Stadtentwicklungssenator Peter Strieder dennoch darauf vertrauen, daß das Planwerk alle „Rechthaberei der Basis“ per Überzeugungskraft des Bildes übertrumpfen könne, wirft dies ein bezeichnendes Licht auf ihre Selbstwahrnehmung: Der Staat, das sind schließlich sie selbst. Ihm gegenüber gibt es nur Myriaden von Partikularinteressen und anachronistische Ressentiments, die man mit Mythen und Bilder amalgamisieren oder ignorieren zu können glaubt: „Das Planwerk Innenstadt wirkt genauso [wie ein faszinierendes Buch oder ein guter Film]: weil das Vorgehen komplex ist, wird es systematisch deutbar. Es zeigt sich, daß mit komplexen *Bildern* so unterschiedliche Argumentationen erzeugt werden, daß man anhand der Bilder alle Stadtthemen abarbeiten kann.“<sup>36</sup>

Im übrigen ist das Planwerk keinesfalls so komplex, wie behauptet. Dem Gedankengebäude Hoffmann-Axthelms liegt die apodiktische Annahme zugrunde, daß Ortsidentität und Bürgersinn durch die eigentumsrechtliche Verankerung der Stadt im privaten Grundbesitz herstellbar ist. Sein Zukunftsideal ist die Rückkehr zur vorindustriellen Stadt. Nach Hoffmann-Axthelms dezidiert antietatistischer Auffassung sollen mit der Wiedereinführung des kleinteiligen Parzellensystems als grundlegendem Regelwerk und verfahrensrechtlichem Instrument alle heutigen städtischen Probleme in Richtung einer wünschbaren Mischung und Überlagerung, Rückgewinnung von Öffentlichkeit, Dezentralisierung und lokaler Ökonomie bearbeitet werden. Gegen die implizite Entmündigung durch moderne staatliche Fürsorgemacht, gegen die Anonymität gesellschaftlicher Großstrukturen unterbreitet er ein als republikanisch angepriesenes Emanzipationsprogramm auf der Basis wirtschaftlich autonomer Individualität. Er programmiert - unbeeindruckt vom fortgeschrittenen Konzentrationsprozeß des Kapitals in der globalen Ökonomie - eine neue mittel-

<sup>35</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>36</sup> Ein Gespräch mit Hans Stimmann. Planwerk Innenstadt Berlin. Der historische Stadtgrund als Feld der Experiments, in: Centrum. Jahrbuch für Architektur und Stadt, 1997, S. 30.

ständig-privatwirtschaftliche Gründerzeit auf den „Brachen“ der modernen Stadt als Basis nachhaltiger bürgerlicher Selbstverwaltung. Eine solche Engführung sozialwissenschaftlicher und städtebaulicher Theorien hat die Annahme zur Voraussetzung, daß die Stadtentwicklung des 20. Jahrhunderts überwiegend gesellschaftstheoretischen Entwürfen gefolgt sei, nicht aber objektiven ökonomischen Bedingungen. Somit müsse die totalitär-moderne Planungsideologie nur dekonstruiert werden, um zur Liberalität zurückzufinden. Als sei es uns freigestellt, aus dem Strom der Zeit in eine frühere „Kontinuität“ breit verteilter, chancengleicher wirtschaftlicher Aktivität zurückzukehren, fordert Hoffmann-Axthelm mit dem Berliner Planwerk zur City-Ost ein 1:1-Experiment in der sozialen Realität der Stadt. „Erst wenn die Stadt wieder ein Platz für die niedergewalzten kleinbürgerlichen Lebensinteressen ist, ist die deutsche Stadtfeindschaft besiegbar.“<sup>37</sup>

Hoffmann-Axthelms Referenzprojekt für wiederhergestellte kleinbürgerliche Interessen in Berlin sind die Hackeschen Höfe. Hier findet er das verlorene körperliche Gefühl von Enge und Begrenztheit, Synästhesie, Reizreduktion, Bodenhaftung und funktioneller Mischung wiedergewonnen. Sein persönliches Interesse als Flaneur, Ästhet und Bildungsbürger ist weitgehend befriedigt. Er schwärmt für den Ort. Die Aufwertung eines einzelnen Blockes indes hat im weiteren Umfeld der Spandauer Vorstadt wirtschaftlich wie ein Rasiermesser gewirkt. In allein zwei Jahren hat sich das Durchschnittseinkommen der hier Ansässigen nahezu verdoppelt, die Zahl der Kinder dagegen halbiert. Auf diese Zusammenhänge angesprochen, spricht Hoffmann-Axthelm über den Preis, der für das wunderbare Ambiente „nun einmal bezahlt“ werden müsse. Sein Engagement für eine dichte und erlebnisintensive Stadt scheint bei den eigentlichen ökonomischen Interessen der adressierten Kleinbürger (ganz abgesehen von Proleten und osteuropäischen Armutsflüchtlingen) merklich nachzulassen. Hauptsache ist der tiefe Schatten, sind die Gerüche und dieses existentielle Gefühl von körperlicher Präsenz.

War es zunächst richtig und ein gewisses Verdienst der Moderne-kritischen Bewegung, den Bildcharakter von Architektur und das Gesicht der Stadt als lebenswichtig zu thematisieren, so hat das Pendel längst in Richtung einer Überkompensation tatsächlicher Defizite ausgeschlagen. Die pittoresken Altstadtszenarien als Identitätsangebote lassen dem zeitgenössischen Alltagsleben wenig Raum zur Entfaltung. Die Geschichtlichkeit eines Quartiers verkommt zur Theaterkulisse für Erlebnistouristen, Freizeitaktivitäten und Staatsempfänge. Kaninchen im Hinterhof, eine Sattlerei oder schäbige, aber billige Wohnungen werden hier ebenso gründlich eliminiert wie in der gegliederten und aufgelockerten Stadt der Moderne. Die postmoderne Stadt stirbt unter dem Druck großer vagabundierender Kapitale, die in immobilien Werten festmachen wollen, denselben Tod an funktioneller und sozialinteraktiver Unterkomplexität wie die Polis der „Charta von Athen“. Äußerlich je-

---

<sup>37</sup> Dieter Hoffmann-Axthelm, Anleitung zum Stadtbau, Frankfurt/M., New York 1996, S. 88.

doch wahr die postmoderne Stadt die Attribute von Urbanität. Sie kehrt zur Blockstruktur zurück und zeigt an „guten Adressen“ Fassade. Überdies müßte die Zielgruppe mittelständischer Bauherren, auf die das Planwerk setzt, selbst unter Bedingungen hoher öffentlicher Subventionierung für eine 80-Quadratmeterwohnung vor Ort über einen Vermögenshintergrund von etwa einer Million Mark verfügen. Diese neuen Reingehettes hätten weitere soziale Aufspaltungen und Konflikte zwischen derangierten Altbewohnern und neuem Bürgerstand zur Folge. Über kurz oder lang würden letztere wohl danach verlangen, den sozialen Brennpunkt zu sanieren und klinisch auszuräumen. Damit wäre schließlich mehr oder weniger zivil die bürger-schaftliche Reetablierung der Zentren vollzogen.

Werner Sewing, einer der vehementesten Kritiker des neuen Konzeptes und der neuen Männer, beschreibt deren Demagogie pointiert: „Erstmals seit der Ausweitung der Bürgerrechte im 19. Jahrhundert wird der Bürgerbegriff wieder exklusiv an Eigentum gebunden.“<sup>38</sup> Hoffmann-Axthelm lebt tatsächlich in der Illusion, daß man wie ein Gärtner das „niedergewalzte kleinbürgerliche Interesse“ nur wieder hübsch aufpflanzen und begießen müsse. In diesem zentralen Denkfehler einer allein an „Wille und Vorstellung“ geknüpften unmittelbaren Machbarkeit des für gut und richtig Gehaltene setzt er sich über ganze Schulen der Stadttheorie, insbesondere die amerikanische Sozialökologie mit ihren ausführlichen Untersuchungen über räumliche Migrationsdynamiken und Verteilungskämpfe, hinweg.

Das mit mehr als einer Million Mark öffentlicher Gelder dotierte Planwerk negiert nicht nur die komplexen sozialpsychologischen Zusammenhänge und interaktiven Interessen lokaler Gesellschaften. Es ist zugleich ein Beispiel für den ausschließlich auf die Interessen des eigenen Milieus bezogenen Mißbrauch staatlicher Autorität,<sup>39</sup> denn die durch Umverteilung von Gemeindeland auferstandene kleinbürgerliche Besitzbürgerschicht soll als Neuansiedler mit der „Aufforstung der Stadtplatzen“ (Michael Mönninger) und der Wiederherstellung der „gestaltlosen und vermüllten Räume“ (Klaus Hartung) die „Ankunft von 80 Millionen Bundesbürgern in ihrer neuen Hauptstadt“ vorbereiten. Der Plan fordert als überfällige Entscheidung das politische *Primat der Mitte* ein, weil inzwischen klar geworden sei, daß im Herzen der Stadt „Stadttradition und Stadtdemokratie zusammengehören, daß die Ver-luderung der einen die Verwahrlosung der anderen mit sich zieht.“<sup>40</sup>

Gerade die enthemmte Diktion der Pressestimmen verweist auf kollektive Ängste und Ekelgefühle gegenüber der fremden Stadthälfte und ihren Bewohnern. Die gestiegene Aggressivität deutet zugleich auf Nervosität hin. Der in der Hochspe-

<sup>38</sup> Werner Sewing, Planwerk Innenstadt Berlin. Ein Frontbericht aus der Europäischen Stadt, in: Centrum. Jahrbuch Architektur und Stadt, 1997, S. 46.

<sup>39</sup> Sewing zitiert ebenda: „Der Staat als Beute“. Im übrigen ist der mit etwa einer Million Mark dotierte Auftrag zum Planwerk Innenstadt durch den Staatssekretär direkt, d.h. ohne Ausschreibung erteilt worden.

<sup>40</sup> Vgl. Klaus Hartung, wie Anm. 29, S. 9 ff.



kulationsphase zutage getretene Realitätsverlust droht vermutlich auf die Glaubwürdigkeit der nachholenden Modernisierer zurückzuwirken. Offensichtlich haben Konkurrenten um die Deutungsmacht den Raum betreten und machen jenen etablierten Akteuren ihre bisherige Vormachtstellung streitig, die der deutschen Metropole „ihre Auffassungen von der Gliederung der sozialen Welt und ihrer Stellung darin aufzuzwingen suchen.“<sup>41</sup> Problematisch ist allerdings die Verquickung dieser Perspektive mit dem Status des amtlichen, demokratisch legitimierten Repräsentanten des *common sense*. Einseitig interessengebundene persönliche Werturteile werden bei einem Mandatsträger des Staates offiziell.

Am auffallendsten hat sich bislang Hans Stimmann, früher in der radikalen westdeutschen Linken beheimatet, an den Ostarchitekten abgearbeitet: „Der Berufsstand der Architekten existiert in der DDR und in den Ostblockländern nur noch in kaum wahrnehmbaren Resten. Mit der ganzen bürgerlichen Klasse ist auch das abhanden gekommen, was Herr Peichl vom Bauherren erwartet. Das Verständnis, ein Bauherr zu sein, setzt ja voraus, daß sich jemand kulturell überhaupt artikulieren kann, sich über Farben, Formen, Raumgrößen, über Beleuchtung, Ausstattung, Möbel und vieles andere differenzierend Gedanken macht... Das heißt, die ganze Bourgeoisie, die bürgerliche Klasse ... ist in diesen Ländern ausgestorben. Das Bildungsbürgertum mit seinen entwickelten Vorstellungen von Eßkultur, Bekleidung, des Konsums etc. ist eben weg (...) [So] ist ein baukultureller Kahlschlag entstanden, der erst einmal wieder aufgeforstet werden muß.“<sup>42</sup>

Dieser bereits sehr früh entwickelte klassentheoretische Aufforstungsgedanke bestimmt die zweite Phase der Berliner Stadtentwicklung unter dem neuen Leitbild der *nachhaltigen* (statt der *nachholenden*) Modernisierung. Gelten die neuen Besitzbürger und Bauherren als Pioniere der zivilen Gesellschaft, so werden die bisherigen Bewohner der Mitte schlicht als „staatssozialistische Implantate“, als die „Leute mit den roten Parteibüchern“ und larmoyante Verlierer (Dieter Hoffmann-Axthelm) diskreditiert. Dazu gehört auch die flapsige Denunzierung Ostberlins als „Ossi-Zoo“.

## „Urbanit“ oder citoyen?

Die eingetretene Machtverschiebung wird indirekt auch in der Art und Weise deutlich, wie das zuvor geradezu verhöhnnte ökologische Vokabular Einzug in die offiziellen Verlautbarungen hielt. Waren in der Hochphase der Vereinigungseuphorie alle „Entschleuniger“ und „Bestandsschützer“ hoffnungslos an den Rand gedrängt worden, gewannen sie ab 1993 vor dem Hintergrund zunehmender Segregationserfahrungen und erster wahrnehmbarer Gentrifizierungseffekte wieder stärker an Resonanz. Vor allem war der zuvor marginalisierte und als provinziell verächtlich ge-

<sup>41</sup> Pierre Bourdieu, wie Anm. 2, S. 23.

<sup>42</sup> Hans Stimmann, wie Anm. 2, S. 27 ff.

machte „kritische Feuchtbiotop“, die „typische Berliner Mischung aus Hochschule und taz-Milieu“ (Klaus Hartung) wieder etwas zu sich gekommen. In den „Stadtforen von unten“ erlebte die Bürgerbeteiligung vor allem in der Auseinandersetzung um den Alexanderplatz und die Wohnungspolitik infolge massenhaften Zulaufs vor allem aus dem Ostteil der Stadt einen Aufschwung. In Vorbereitung des Berliner Weltklimagipfels hatte die oppositionelle Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen eine programmatisch *Klimawechsel* genannte Veranstaltungsreihe organisiert. Susanne Jahn prägte die programmatische Formel „Ökopolis versus Metropolis“. Hartwig Berger rückte das Leitbild *Nachhaltigkeit* in den Vordergrund des 1995er Wahlkampfes: „Bei der Suche nach der Stellung im Weltgefüge vergißt die CDU/SPD-Regierung dieser Stadt, daß Berlin, die vorhandene Stadt, die Region, ihre Menschen, ihre Häuser, ihre Flächen, ihre Landschaft nicht anzupreisen sind zur Verwertung, sondern daß es gilt, die Stadt für die Menschen umweltverträglich und sozial zu entwickeln. Es geht nicht um Vorzeigeprojekte, sondern um den Weg von einem subventionierten Doppelseldasein, hin zu einer Stadt, die von ihren eigenen Ressourcen lebt.“<sup>43</sup> Auch die PDS hatte ihren Wahlkampf mit der Forderung eines kommunalpolitischen Paradigmenwechsels zugunsten der Stärkung des Subsidiaritätsprinzips geführt und eroberte im Ergebnis der Wahlen unter anderem den eminent wichtigen Baustadtratsposten in Mitte.

Nach den Wahlen wurden die Finanzierungslücken der öffentlichen Hand scheinbar auch einer breiteren Öffentlichkeit bekanntgegeben. Von nun an saß die Finanzmisere der Stadt mit am Tisch der Planer. „Dem Finanzproblem liegt ein vielschichtiger Strukturwandel zugrunde. Die Lösung der Probleme erfordert eine Restrukturierung der öffentlichen Haushalte. Wie kann der Staatsanteil gesenkt werden, und wie können dabei öffentliche Einnahmen und Ausgaben umgeschichtet werden, ohne die soziale Sicherung und den sozialen Frieden grundlegend zu gefährden?“<sup>44</sup> Der Ausweg aus Verschuldung und Geldknappheit wurde und wird hauptsächlich in der umfassenden Privatisierung von staatlichem Kapital- und Grundbesitz in Form von Liegenschaften, stadtwirtschaftlichen Betrieben und Dienstleistungen gesehen. Natürlich war man um eine wohlklingende Rechtfertigung nicht verlegen: „’Privatisierung’ ist etwas irreführend, denn es geht um einen Strukturwandel von etatistischen zu zivilrechtlichen Formen der Vergesellschaftung.“<sup>45</sup> In eloquenter Umdeutung wurde so die Not zu einer Tugend erklärt und die Zwangsverkäufe öffentlichen Eigentums als Rückkehr zu bürgerlichem Recht deklariert.

<sup>43</sup> Susanne Jahn, Ökopoly vs Metropoly. Ökologischer Stadtbau von Berlin. Positionspapier zum Wahlkampfprogramm der Grünen vom 5.11.94, im Archiv der Verfasserin.

<sup>44</sup> Joseph Huber, Den Staat neu denken. Mangelnde Beweglichkeit und Differenziertheit in der Haushaltspolitik, in: Stadtforum, Nr. 29, November 1996 (Dichte als Voraussetzung), S. 18.

<sup>45</sup> Ebenda.

In der aufgewühlten Stadt kamen die Planwerker und ihr oberster Auftraggeber Peter Strieder gar nicht umhin, sich den neuen Problemen zu stellen und dabei möglichst der Opposition das Wasser abzugraben. Trendgemäß stellte man die Stadtentwicklungsdebatte nunmehr in Richtung einer ökologischen und sozialreformerischen Rhetorik um. Das waren die neuen Karten, mit denen das alte Spiel mit schieren Quantitäten, extensiven Zuwächsen und ressourcenfressenden Projekten vergessen gemacht werden sollte. Die ausführliche rhetorische Benutzeroberfläche des Planwerkes „zappte“ gewissermaßen in kaum noch zu überbietender Beliebigkeit alle populären Themen alternativer *und* konservativer Politikentwürfe durch. Die appellative Sprache von „Hauptstadtwürde“, „Sicherheit“ und „Aufräumen“ im öffentlichen Raum verfiel sowohl im christdemokratischen Lager wie im wertkonservativen Teil des PDS-Spektrums. Auch die Zieldefinition einer „gesamstädtischen Identität“ als Schritt zur „mental Wiedervereinigung“ konnte angesichts des viel beklagten Fortbestehens von „Mauern in den Köpfen“ allenfalls bei intellektuellen Skeptikern ein Stirnrunzeln hervorrufen.<sup>46</sup> Im übrigen wurden die meisten stadtpolitischen Themen dem Wahlkampfprogramm der Bündnis-Grünen entlehnt: Verkehrsreduzierung durch Straßenrückbau, Innen- statt Außenentwicklung, kurze Wege, Abrißvermeidung. Hinzu kamen mit Blick auf die Anhänger der SPD einige bodenpolitische Elemente wie eben das Versprechen staatlicher Regulierung der innerstädtischen Bodenpreise für Kleinerwerber. Und selbst noch den ganz hart gesottenen Systemkritikern verkaufte sich das Planwerk als die erste ganzheitliche Planung in Zeiten allgemeiner neoliberaler Deregulierung.

Ausführlich wurde schließlich dargestellt, daß buchstäblich jedermann - etwa ab einem Monateinkommen von 5.000 DM - in dem „engen Zeitkorridor“ vor der Ankunft der Bonner Beamten und der nächsten Welle ausländischer Investitionen einen flächenmäßigen Anteil an der Innenstadt erwerben könne. Gerade das Eigentumsmodell - als „Emanzipation der Mieter“ ausführlich angepriesen - war von den Urhebern als innovative Produktidee gedacht, auf das die Ostberliner Doppelverdienerfamilien ebenso anspringen sollten wie die mit Aktien spekulierenden Erben im Westen. So schillerte die Begleitrhetorik zum Planwerk in allen Farben des Regenbogens und hätte eigentlich wegen Überkommunikation jeglichen Einspruch in der sanften Watte unspezifischer Ideologie ersticken müssen.

Ehe aber ursprünglich besonders die in Ostberlin auf Abriß orientierten Pläne in einer vertretbaren Fassung veröffentlicht waren, hatte sich auf die bloße Kenntnis des bevorstehenden Verfahrens hin bereits ein Gegenpotential formiert, dem sich die *taz* als Diskussionspodium anbot und das über die Stadtbezirkszeitung für die

---

<sup>46</sup> Wenn Politiker als „Ingenieure der Seele“ und Behüter von kulturellen Identitäten auftreten, ist es um die Individualrechte der Person eher schlecht bestellt. Kollektive Sinnkonstruktionen und mythische Erzählungen vom Ganzen - sofern sie von Staates wegen vorgetragen werden - wenden sich gegen die Freiheit des Gedankens, der Meinung und des Glaubens.

Berliner Innenstadt *Scheinschlag* verfügen konnte.<sup>47</sup> Dem in der Medienkampagne proklamierten „Anspruch des Stadtbürgers auf eine würdige Umgebung“ (Klaus Hartung) trat eine städtische Öffentlichkeit gegenüber, die nicht gebaute Würdeformen, sondern konkrete Teilhaberechte an der Gestaltung der sozialen Ordnung einklagte. Doch kaum, daß sie ihren Einspruch artikuliert hatte, wurde sie als übellauniges Betroffenheitsmilieu abgetan: „Nur wenn das Planwerk die Rechthaberei der Basis übersteht, haben die Berliner die Chance, sich in ihrer Mitte als Bewohner einer vereinigten Hauptstadt wiederzufinden.“<sup>48</sup>

Diese Herausforderung gegenüber basisdemokratischen Anliegen blieb allerdings nicht unwidersprochen. Symptomatisch für die Reaktionen war die emotionale Debatte im großen Saal des Staatsratgebäudes am 29.11.1996. Das Bekenntnis zur existierenden Stadt mit ihren von Gewalt und Zerstörungen wie Irrtümern und Lernprozessen zeugenden charakteristischen Merkmalen und die Erinnerung an vierzig Jahre globaler Spaltung wurden vielfach als ästhetischer und historischer Wert geschildert, die den älteren Mythos vom „steinernen Berlin“ in seiner Bedeutung aufwiegen. Im übrigen brauche man nicht auf die Niederlassung reputierlicher *Stadtbürger* zu warten, da sich die neue Bürgerschaft bereits 1989 im öffentlichen Raum politisch konstituiert habe. „Wenn (...) nun nach 1989 das frühere Staatseigentum der DDR, daß ja auch irgendwie Eigentum des Volkes war, zurückgegeben werden sollte an die ‘Subjekte der Stadt’, dann frage ich: Warum sind diese Subjekte nicht die von 1989?“<sup>49</sup>

Der Interessenkonflikt in Berlin erwächst aus den Ansprüchen zweier funktionaler Milieus auf die neue Subjektrolle. Nachdem ihr selbstreferentieller Stadtbürgerbegriff öffentlich ausgepiffen worden war, haben die Planwerker ersatzweise den neuen *Urbaniten*, eine Art kosmopolitischem *cyborg* mit Handy und Liegefahrrad kreierte und zum Mittelpunkt der neuen Stadtwelt erkoren. Dagegen steht die reale, sozial heterogene aber universell durch Gebürtigkeit (Hannah Arendt) gleiche Bürgerschaft der Stadt, die für sich das Prinzip des *Citoyens* - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - proklamiert.<sup>50</sup>

<sup>47</sup> Neben einer Artikelserie zum Problem des öffentlichen Raumes erschien als gemeinsame 12-seitige Beilage von „taz“ und „Scheinschlag“ am 19.12.1996 die Veröffentlichung „stadt.plan. mitte.“

<sup>48</sup> Zitate von Klaus Hartung, wie Anm. 29, S. 13.

<sup>49</sup> Wortmeldung eines Studenten beim Stadtforum am 29. November 1996, dokumentiert in: „stadt.plan. mitte.“

<sup>50</sup> Vgl. Bernward Baule (Hrsg.), Hannah Arendt und die Berliner Republik. Fragen an das vereinigte Deutschland, Berlin 1996, Insbesondere ders., Freiheit und Revolution, S. 98 f.: „Die Bürger der DDR sind mit all den aufgezeigten Freiheitsforderungen auf die Straße gegangen und haben sich ihre eigene Freiheit, ihre eigene freiheitliche Demokratie in einer friedlichen Revolution selbst erkämpft. Dieses bleibt die eigentliche, originäre Leistung.“

Spätestens mit der öffentlichen Auseinandersetzung um das Reprivatisierungskonzept des *Planwerks* hat sich in Berlin wieder ein ausgewogeneres Gefüge von Interessenfeldern und Akteuren hergestellt. Noch geht der *common sense* allerdings weitgehend mit dem Strategiekonzept der Planwerker konform. Trotz zweier sehr kritischer Stellungnahmen unabhängiger Beiräte, trotz der in einem *Konfliktplan* gebündelten Einsprüche von Bündnis 90/Die Grünen, trotz seriöser Expertise<sup>51</sup> und massivem Protest von Bürgern halten die Initiatoren des Planwerkes Innenstadt an ihrem Kurs fest. Überblickt man die veröffentlichten Beiträge zur Diskussion, so wird das Übermaß an Selbstdarstellungen der Akteure deutlich. Rein quantitativ ergibt sich so ein Verhältnis von etwa 80:20 zwischen Begleitrhetorik und Kritik.<sup>52</sup>

Eine kleine Gruppe von maximal zehn Akteuren dominiert kraft ihrer Amtstellung weiterhin einen Diskurs, an dem sich inzwischen einige Tausend Bürger und zahlreiche Fachleute beteiligt haben dürften. Kritische Presseberichte sind eher selten. Exponierte Kritiker des Planwerkes werden entweder ignoriert oder ausdrücklich als Demagogen oder Jammer-Ossis gebrandmarkt.<sup>53</sup> Demgegenüber fordern alternative zivilgesellschaftliche Akteure statt formalisiertem Planungsrecht und ritualisiertem Prozedere begrenzter Beteiligungsverfahren vor allem Gerechtigkeit und Gleichbehandlung im politischen Raum - und dies zunehmend menschenrechtlich begründet und stellvertretend für die wachsende Zahl der Ausgegrenzten, Entmündigten und Hilfsbedürftigen.<sup>54</sup> Der Widerstand gegen das Plan gewordene Segregations- und Desintegrationsprogramm wird - um abschließend nochmals Pierre Bourdieu zu zitieren - maßgeblich davon abhängen, zu welchem Grad an Objektivierung in eigener Sache er gelangen kann.

---

<sup>51</sup> Architektenkammer Berlin (Hrsg.), *Planwerk Innenstadt. Eine Provokation?*, Berlin 1997.

<sup>52</sup> Eine teilweise extensive kritische Debatte wird in der „taz“, in „Scheinschlag“, im „Freitag“ und in der Monatsschrift „Kommune“ geführt.

<sup>53</sup> Klaus Hartung, *Berliner Ungleichzeitigkeiten. Zum Streit über das „Planwerk Innenstadt“*, in: *Kommune* 4/1997; Dieter Hoffmann-Axthelm, *Das Berliner Planwerk Innenstadt und seine Kritiker*, in: *Kommune* 12/1997: „Die Ostberliner sind fein raus - sie haben einen Schuldigen gefunden für die Veränderung der Verhältnisse. Sie können sich daneben setzen und sich beklagen. Sie sind für den Kapitalismus nicht zuständig.“

<sup>54</sup> Einer der Hauptkritiker und maßgeblichen Opponenten des „Berliner Planwerkes“, der „taz“-Redakteur Uwe Rada, hat kürzlich ein Buch unter dem Titel „Hauptstadt der Verdrängung. Berliner Kiez und Metropole.“ (Berlin 1997) vorgelegt, in dem er entscheidend argumentiert.